

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands. Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 30 Pf. Durch Austräger 1.90 Mt. pro Woche, 7.50 Mt. pro Monat. Durch die Post 7.50 Mt. pro Monat. Sprechstunden für die Redaktion: Nachmittags 5-6 Uhr. Produktionsgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau. Postfachkonto Nr. 23 885. — Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8837.

Freitag, 9. Dezember 1921

Anzeigenpreise: Die 9 gespaltene Millimeterzelle oder deren Raum 0.80 Mt., auswärts 0.90 Mt. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0.40 Mt. Reklame: Die Millimeterzelle, 8 Spalten oder deren Raum im Text 3.— Mt.

Polizeiknüppel statt Brot!

Überall wo Steuerungsunruhen stattfanden, hat die Regierung als Sachwalterin und Schützerin der kapitalistischen Ausbeuter, Wucherer und Schieber „grundsätzliche“ Stellung dazu genommen. Sie trifft keine Maßnahmen, die darauf hinführen, die unterernährte und verelendete Arbeiterschaft vor den wucherischen Plünderungen dieser Stützen der bürgerlichen Gesellschaft zu schützen. Ihre grundsätzliche Stellungnahme äußert sich darin, gegen mehrlose Hungernde Polizisten zu schicken, polizeiliche Hausdurchsuchungen abzuhalten, Verbote in Verordnungen zu erlassen und vor allen Dingen Arbeitslose und Kommunisten zu verhaften.

So war es in Wien, wo man die „Rote Fahne“, unser Bruderorgan verböt und konfiszierte, wo man Genossen verhaftete, mißhandelte, die absolut nichts mit der Hungerdemonstration zu tun hatten. Ebenso handelte die deutsche demokratische Ebertrepublik in Berlin, Hamburg usw.

Diese Polizeimaßregeln zeigen am besten, was die Arbeiterschaft in unserer „freiesten aller Republiken“ zu erwarten hat. Solange die Proletarier täglich in die Fabriken gehen und schuften, solange sie langsam dem Hungertode entgegengehen und nicht aufmucken, haben die Freiheiten der Republik Geltung. Aber wehe, wenn sie es wagen, gegen die Herrschenden aufzubegehren!

Die Regierung und die Konterevolution benutzt diese Gelegenheit, einen Vorstoß gegen die Kommunisten zu machen. Durch die schändlichen, polizeilichen Maßregeln durch die willkürlichen Verhaftungen wird man weder den Hunger stillen, noch die Kommunisten mundtot machen können. Plündern ist keine Lösung der sozialen Frage, aber noch viel weniger ist der Wucher und die schamlose Ausbeutung der breiten Massen eine soziale Tat. Man muß sich in die Lage der bis zum Äußersten getriebenen Hungernden versetzt fühlen. Man muß wissen, daß diese Hungerpsychose nicht durch polizeiliche Gewaltmaßnahmen, durch Verhaftungen und Schikanen, durch Gefängnis und Zuchthaus beseitigt wird.

Die kapitalistische Demokratie zeigt, daß sie nicht in der Lage ist, der latenten wirtschaftlichen Krise zu begegnen. Sie kann und will nicht gegen Wucher und Ausbeutung kämpfen, sie will nicht den Hunger der Massen stillen. Nur die einheitlich geschlossene Front der Arbeiterschaft wird, wenn sie die Macht, die sie darstellt, benutzt, die Frage der nach Brot Schreienden wirklich lösen.

Wo sitzen die Spitzel?

Anlässlich des mißglückten „Enttüllungs“manövers des „Vorwärts“, durch das nur die Spitzelmethode der sozial-

demokratischen Regierer in Württemberg bloßgestellt worden sind, schreibt die „Sozialistische Korrespondenz“:

„Wir sind überzeugt, daß keine Regierung der Welt jemals auf die Dienste der dunklen Ehrenmänner wird verzichten können, die solche Berichte liefern, solange es eine Partei gibt, die sich grundsätzlich zur Gewalt auf ihrem politischen Kampfmittel bekennt.“

Das ist doch einmal ehrlich gesprochen. Die Partei, die immer Sturm lief gegen die Bespitzelung polit. Parteien, hat heute nicht nur die wichtigsten Stellen in dem umfangreichen und unheimliche Summen verschlingenden Spitzelapparat der deutschen Republik, sie bedient sich auch diverser Ehrenmänner zu dem ausschließlichen Zweck, die Arbeiterschaft zu provozieren und bei der Ausführung wirtschaftlicher Kämpfe zu zermürben.

Das zeigt auch eine Meldung der „Roten Fahne“ über den „Höring'schen Spitzelapparat.“

In mehreren Orten der Provinz Sachsen (Artern, Boigsdorf, Gehofen) sind Polizisten in die Arbeiterwohnanlagen gekommen, um sich folgende Fragen beantworten zu lassen: Name des Arbeiters, Wohnort, Beruf, welche Parteizugehörigkeit? Öffentliche Tätigkeit? Verheiratet? Mit wem? Wieviel Kinder? Den Nachforschungen unserer Genossen gelang es infolge Unvorsichtigkeit der Beamten zu erfahren, daß es sich um die Beantwortung eines Fragebogens handelt, dem ein Begleitschreiben beilag. Der Fragebogen trug die Ueberschrift: Oberpräsidium Magdeburg (Höring) und enthielt die obigen Fragen. Da unsere Genossen den Fragebogen selbst eingesehen haben, ist kein Zweifel daran möglich, daß Höring eine neue Liste revolutionärer Arbeiter dem Major Folke zugesandt, um neue Provokationen der mitteldeutschen Arbeiterschaft vorzubereiten.

Die Vorbeeren, die sich Höring im März geholt hat, lassen ihn nicht ruhen. Er setzt seinen ganzen Apparat in Bewegung, um die Namen der revolutionären Arbeiter zu erfahren. Der Zweck ist durchsichtig. Bei neuen Provokationen sollen die tapfersten Kämpfer unschädlich gemacht werden. Und dieser Höring ist Sozialdemokrat, und sein Zentralorgan, der „Vorwärts“ spricht von Spitzeln in der kommunistischen Partei, die Regierungsstellen ihr Material verkaufen. Nun kennt das Proletariat die Wege, deren sich Sozialdemokraten bedienen, um die kommunistische Partei zu bespitzeln. Wahrlich, tiefer können diese „Arbeiterführer“ nicht sinken!

Die spanischen Syndikalisten können jeden Augenblick ausgeliefert werden. Ihr Blut wird als unaustilgbarer Schandfleck nicht nur an der Regierung der deutschen Republik, sondern auch an den Arbeiterorganisationen, die diese Regierung unterstützen, haften bleiben: denn der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund braucht nur seinen Willen zu bezeugen und die Syndikalisten sind gerettet.

Möge in den Herzen der deutschen Arbeiter ein heiliger Protest und eine Entrüstung gegen die unerhörte Verletzung des elementarsten Asylrechtes hell auflodern und mögen sie ihre Gewerkschaftsbürokratie zwingen, sich gegen die Auslieferung unserer Genossen an die spanischen Henker anzulehnen. Und wenn die Gewerkschaftsbürokraten dies ablehnen, so müssen es die Arbeiter Deutschlands über ihre Köpfe hinweg selbst tun: es handelt sich um die Ehre des deutschen Proletariats!

Das Vollzugsbüro der Roten Gewerkschaftsinternationale.

Zuchthausurteile für Lodzer Kommunisten.

In Lodz wurde gegen 31 Kommunisten vor dem bürgerlichen Klassengericht verhandelt. In der brutallsten Weise sind unsere Genossen in der demokratischen Republik Polen, an deren Spitze, ebenso wie in Deutschland, ein Sozialdemokrat steht, behandelt worden. Daß sie um ihrer politischen Gesinnung wegen gegen den kapitalistischen Staat angekämpft haben, wurde nicht anerkannt. Vielmehr sahen die bürgerlichen Klassenrichter in allen nur Verbrecher, die unschädlich gemacht werden mußten. Die mit der Hilfe der P. P. S. zustandegekommenen Zuchthausurteile gegen Revolutionäre wurden in Anwendung gebracht.

Die meisten Angeklagten erhielten jeder bis zu 8 Jahre Zuchthaus.

Was muß geschehen?

Breslau, den 8. Dezember 1921.

P. M. In diesen Tagen werden von allen Arbeiterparteien viele öffentliche Versammlungen veranstaltet, um Stellung zu nehmen gegen die Teuerung, den Wucher und den drohenden Steuerabzug. Auch die SPD. Breslaus veranstaltet heute 6 Versammlungen, die sich alle mit diesem Thema beschäftigen sollen.

Es berührt einen eigentümlich, wenn dieselbe Partei, deren einzige politische Handlung gerade in den letzten Tagen nur eine große Hezkampagne gegen die Kommunisten war, die sich über diesem Kommunismhaß den Teufel scherte um wirkliche Massenaktionen gegen die Wucherer und Schieber, nun auch glaubt, radikale Löhne anzufordern zu müssen, um nicht den Kredit in den Massen zu verlieren.

Reichlich spät tritt die SPD. auf den Plan. Wie so oft schon verpufft wieder einmal die Aktionsfähigkeit, die geschlossene proletarische Aktionskraft in zügellosen Einzelkämpfen und leider auch wahllosen und zwecklosen Plünderungen. Statt den Verzweiflungsaktionen der hungernden proletarischen Massen ein gemeinsames klares Ziel zu geben, statt den an verkehrter Stelle angelegten Elan ausmünden zu lassen in das große breite Flußbett einer großen proletarischen Aktion, rümpfte die SPD.-Presse bisher nur die Nase über die „Plünderer und Verbrecher“. Ganz im Stille der bürgerlichen Hezkampagne verfuhr die SPD. vielerorts die Kommunisten einseitig verantwortlich zu machen für allmögliche Putschversuche. Selbst aus dem tiefsten Elend der Arbeiterklasse bemüht sich die SPD. etwas herauszuschlagen zur Bekämpfung der verhafteten KPD. Und wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß bei allen schreierischen Phrasen gegen die Wucherer, Schieber und Kapitalisten auch die heutigen Versammlungen nur benutzt werden, um über die Kommunisten die bekannnten „Enttüllungen“ breit zu streuen und so künstlich eine Scheidewand aufzurichten zwischen der KPD.- und SPD.-Arbeitererschaft.

Demgegenüber können wir Kommunisten nur immer eins betonen: Wir denken garnicht daran trotz aller Heze, trotz aller Verleumdungen, trotz sozialdemokratischer Spitzelchefs (Gralka), trotz Sabotage einer kampffähigen Proletarierfront, uns abseits zu stellen von allen den gemeinsamen proletarischen Interessen, die uns im Grunde genommen doch mit der SPD.-Arbeitererschaft verbinden. Und wir stehen nicht an, zu erklären, daß wir nicht die letzten sein würden, die bei einer wirklich entscheidenden und wirkungsvollen Aktion gegen die Wucherer, Schieber, Börsenjobber und Devisenontler mitmachen würden.

Aber weil wir ehrlichen Willens voll sind, im Interesse der hungernden Proletariermassen uns als revolutionärer Teil der Arbeiterklasse einzufügen in eine einheitliche Kampffront, haben wir ein Recht darauf, alle Halbheiten und Schwächen der bisherigen sogenannten Kämpfe gegen den Wucher zu gestehen.

Wir meinen da vor allen Dingen den Wuchererlaß des sozialdemokratischen Finanzministers Severing. Wenn man den hungernden Arbeitern weiß machen will, daß die Androhung der Anzeige und der Namen-Veröffentlichung wegen Wuchers Verarbeiten in der Presse, daß das Einsetzen fälschlich bekannter Preisprüfungsstellen, und wenn auch ergänzt durch Gewerkschaftsvertreter, daß überhaupt die Bekämpfung der wucherischen Preissteigerung durch die zur Zeit bestehenden reaktionären Behörden auch nur im Geringsten etwas an den Verhältnissen ändern könnte, so ist das wirklich ein starkes Stück. Und es berührt geradezu komisch, wenn z. B. die „Volkswacht“ vom 29. November, nachdem sie Severings Erlaß über den grünen Alee gelobt hat, plötzlich zum Schluß pathetisch ausruft: „Herr Regierungspräsident, die Bevölkerung Breslaus wartet auf Laten!“ Nur Karren, unverbesserliche Karren können hier auf Laten warten.

Wer Laten herbeizwingen kann, ist allein die geschlossene Phalanx der gesamten Arbeiterklasse. Nur die Uebertragung wirklicher Machtbefugnisse an die Arbeiterschaft und nicht rein platonische Regierungserklärungen vom zukünftigen „scharfen Zusaffen“ könnten hier etwas helfen. Die Parasiten der Gesellschaft, die am Markt des Volkes saugen, fürchten sich nicht im geringsten vor den zahllosen polizeilichen Verordnungen, die ganz zugeschnitten sind auf die Methode „die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen“. Wer will durch den Severingschen Erlaß im Ernst jenen großzügigen Schieber fassen, der durch ein einziges Telefongespräch seine Laufende verdient? Wer will glauben, daß ein Klassenrichter jenen Großkapitalisten belangen wird, der schon von den Urverurteilten und Kohlhosen aus, etwa vom Eisen oder der Kohle,

An alle Arbeiter Deutschlands!

In Deutschland sind zwei spanische Genossen verhaftet worden, die beschuldigt werden, daß sie den spanischen Ministerpräsidenten Dato ermordet haben. Gleichzeitig sind noch einige andere spanische Genossen verhaftet worden, und zwar lediglich nur darum, weil sie revolutionäre Syndikalisten und Mitglieder der Roten Gewerkschafts-Internationale sind. Die deutsche Polizei arbeitet dienstfertig und nicht ohne eigenen Nutzen für ihre spanischen Kollegen. Es handelt sich um die Auslieferung aller Verhafteten an die spanischen Henker. Wie man mit den revolutionären Arbeitern in Spanien umgeht, ist allgemein bekannt. Dort ist die mittelalterliche Inquisition wieder zur vollsten Blüte gelangt. Die Ermordung Datos war ein Protest gegen die systematische völlige Ausrottung der besten Elemente der Arbeiterklasse dieses Landes. Die deutsche Republik, an deren Spitze Sozialdemokraten und Führer der Gewerkschaften stehen, wird unsere spanischen Genossen dem sicheren Tode ausliefern, und die Gewerkschaften Deutschlands schweigen, als ginge es sie nichts an.

Wird man die spanischen Genossen töten oder nicht, was kümmert es sie! Die Hauptsache ist, daß nach irgend einem Paragraphen des deutsch-spanischen Abkommens verfahren wird, alles übrige ist Nebensache.

Viele Verbrechen lasten bereits auf dem Gewissen der Gewerkschaftsbürokratie. Ihre Moral war vor und während des Krieges bereits tief gesunken. Aber wenn sie jetzt die Auslieferung zulassen, dürfte das selbst für sie ungeheuer sein, denn — einen Revolutionär seinen Henker auszuliefern — dessen schämte sich sogar das liberale Bürgertum.

die lange Kette der Preissteigerung beginnt? Die Klein-
händler und Kleingewerbetreibenden sind im Höchstfall —
und erst recht bei einer so völlig unzulänglichen Verord-
nung, wie sie die Severings darstellt — die Leidtragenden
und werden für die Verbrechen der im Hintergrund blei-
benden Großwucherer bestraft.

Was die kapitalistische Kunst der berufsmäßigen
Wucherer aber fürchtet, das ist die Selbsthilfe der Arbeiter.
Freilich nicht eine Selbsthilfe, die ihren Ausdruck findet im
Zertrümmern der Fensterscheiben, im blindwütigen Vernichten
und Plündern von Produkten des täglichen Bedarfs, ist am
Platz, sondern eine, die vor allem eine in sich festge-
schlossene, vom Klassenbewußtsein und vom proletarischen
Klassenkampfgedanken getragene Einheit darstellt. Diese
findet heute aber ihren praktischen Ausdruck in den Be-
trieben und in den Gewerkschaften.

Die Betriebsräte, die schon an der Quelle der
Produktion, in den Betrieben, die proletarischen Interessen
in der Preisgestaltung durch eine Kontrolle erkämpfen
müssen, die Gewerkschaften, die ihre Macht der
Masse bei der Bekämpfung des Wuchers in ganz groß-
zügiger Weise in die Waagschale werfen und vor allem auch
durch die Landarbeiterorganisationen den wucher-
rischen Großagrarier auf die Finger klopfen könnten,
schließlich auch die Konsumgenossenschaften, die
bereits die praktischen Erfahrungen in der Preisgestaltung
und der Wirtschaftlichkeit des Kaufs und Verkaufs be-
sitzen — alle diese proletarischen, heute noch getrennt mar-
schierenden Organisationen müssen zu einem einzigen
Machtapparat ausgebaut werden, der schon heute
weitgehend die schlimmsten Auswüchse der Teuerung und
des Wuchers zu beseitigen in der Lage wäre.

Um freilich endgültig das werktätige Volk aus dem
Elend der allgemeinen kapitalistischen Bewucherung zu be-
freien, dazu bedarf es des Sturzes des kapitalistischen
Systems, der Übernahme der politischen Macht durch das
Proletariat. Erst diese kann endgültig jene reaktionären pro-
letarischen Machtoorgane hervorbringen, die die wirtschaftlichen
Auswüchse des kapitalistischen Systems erwürgen, d. h. der
regellosen Profitwirtschaft die planmäßige Bedarfs- und
Verteilungswirtschaft entgegenzusetzen muß.

Aber wie gesagt: Schon heute muß der Anfang
gemacht werden. Und der wird gemacht, wenn die in sich
zerrißene Arbeiterklasse sich auf den Boden des Klassen-
kampfes stellt, sich weder auf Führer noch Regierung ver-
läßt, sondern in einer Front den Kampf gegen Teuerung,
Wucher und Steuerabzug aufnimmt. Ob die Basis dieses
einheitlichen Kampfes die 10 Punkte des ADB, oder
andere vielleicht weitgehendere Forderungen sind, ist an sich
gleichgültig. Entscheidend ist, daß ein Programm
nicht mehr auf dem Papier stehen bleibt, sondern in die
Tat umgesetzt wird.

Wir Kommunisten sind ohne weiteres gewillt, mit ein-
zutreten für die 10 Punkte des ADB, oder auch für
andere Forderungen, die ihren Schwerpunkt in der Massen-
bewegung in den Betrieben und Gewerkschaften haben,
weil wir wissen, daß jeder ernstliche Angriff auf die
Kapitalistenklasse ohne weiteres über sich hinaus-
greifen muß bei den heute aus höchst gespannten
Klassenbeziehungen, zu einem Hebel werden muß zur Aus-
lösung von Kämpfen um Macht.

Von unten auf in immer gewaltiger gesteigerter Aktion
die Arbeiterklasse zum Sturm auf die Feste des Kapitals
zusammenzufassen, unter Ablehnung jedes Kompromisses und
jedes Einzelkampfes, das ist das Gebot der Stunde.

Gebt für die „Rote Hilfe“.

WIRBELSTURM.

ROMAN VON ANDOR NAGY.

AUS DEM UNGARISCHEN MANUSKRIPT
UEBERTRAGEN VON STEPHAN J. KLEN.

5.) (Nachdruck verboten.)
Er übernahm die wahrwahrscheinlichen Angaben und er-
warb sich alle möglichen Auszeichnungen. Sämtliche
Schlachtfelder wanderte er ab, erzielte an allen Offiziers-
stellen, an denen es große Jagdgebote gab. Und er traut
immer und verblühte durch seine Erzählungen die Leute.
Er konnte an einem Abend am weißen Tisch auch zwanzig
Reden halten, und seine Worte waren voll der geist-
reichsten Fische. Inzwischen aber beging er in Geld-
kassen und Weiber-Geschichten jenseitige Schicksals-
keiten. Dieser monotonertragende, haggelnde Majors-
offizier, dieser Herr von Gemiczky, der trotz seinem maß-
losen Ehrgeiz und allen tobenden Bravouren bei
der Armee kein höheres Kommando bekommen konnte, ob-
schon seine Kameraden bereits Majors und höhere Kom-
mandanten waren — wurde aus getränkter Eitelkeit ein
roter Soldat des Proletariatsheeres. Er organisierte aus
nach dem Kriege brotlos gewordenen Unteroffizieren eine
Truppe und bot sie für die gefährlichsten Wagnisse an.
Bei der roten Armee brauchte man Soldaten, und so
wurde Tamas von Gemiczky roter Brigadier, endlich
Brigadier! Man fandte ihn jenseits der Donau an die
Wespe; er war Herr über Leben und Tod, und es gab
niemand, der so wilde Diktator wie dort, wo die Gemiczky-
Brigade kämpfte. Doch stoh Gemiczky selbst dann nicht,
da die Diktatur zusammenbrach und auch alle seine Leute
Kriegsgefangenen waren. Als die neuen Revolutionäre, die
Röthen, die Stadt besetzten, warf er sich in volle Parade,
ritt zu zum Rathaus. Er wurde verhaftet. Rotes Offiziers-
gericht gestellt. Er verdrängte sich mit keinem Wort. Sein

Politische Uebersicht.

Severing und der Schießeraß.

Die sozialdemokratischen Minister haben in der Republik
durch arbeitserfindliche Maßnahmen Schande über Schande
gehäuft. Ein wahres Bubenstück gemeingefährlicher Ge-
sinnung verübte der spitzfindige sozialistische Minister Wolf-
gang Heine, als er den berüchtigten Schießeraß herausgab,
mit dem jeder Beamte einen Freibrief in der Tasche hatte,
einen mißliebigen Verhafteten zwei Schritte vor sich her-
gehen zu lassen, um ihn dann strafflos niederzuknallen. Die
fälle Jögisches, Sult und viele andere bis zu der jüngsten
Kommunistenerkennung des Arbeiters Lohnes reden eine
blutige Sprache gegen diesen sozialdemokratischen Polizei-
minister, der einen weit milderen Erlaß des wilhelminischen
Junkerministers von Hammerstein vom Jahre 1902 durch
seinen rücksichtslosen Schieß- und Mordbefehl übertrumpft
hat. Dieser Erlaß verdient noch einmal wörtlich ins Ge-
dächtnis zurückgerufen zu werden:

„Der Minister des Innern Nr. 1061/15

Berlin, 24. Juni 1919.

Die zeitigen besonderen Schwierigkeiten des polizei-
lichen Sicherheitsdienstes veranlassen mich, den Polizei-
erkeulotbeamten, sowie den Hilfspolizeierkeulotbeamten
in dem Landespolizeibezirk Berlin, sowie in den Pro-
vinzen Brandenburg, Sachsen, Schleswig-Holstein,
Hannover, Westfalen, Hessen-Nassau, sowie der Rhein-
provinz bis auf weiteres die Ermächtigung zu erteilen,
von den ihnen anvertrauten Waffen Gebrauch zu machen:
wenn eine Person, die bei einem Verbrechen oder Ver-
gehen betroffen wird oder dieser Tat dringend verdächtig
ist, sich der Festnahme oder der Feststellung ihres Person
durch die Flucht zu entziehen sucht, oder wenn eine Be-
drohung der Polizeibeamten oder der ihrem Schutze an-
vertrauten Personen mit gegenwärtiger Gefahr für Leib
und Leben zu befürchten ist und der Aufforderung der
Beamten „halt“ oder „Hände hoch, oder ich schieße“,
oder der Aufforderung „Waffen niederlegen“ nicht sofort
folgt geleistet wird.

Unterschrift: Heine.

Der jetzige Minister Severing scheint zwar auch von
der Unhaltbarkeit des Heineschen Erlasses, der jeden
Polizisten nach Belieben zum Henker macht, überzeugt zu
sein, zumal nach den Enthüllungen über die Mörder-
hundertschaft z. B. D. konnte jeder klar erkennen, welchen
mordlustigen Elementen mit diesem Erlaß die Sicherheit
der Arbeiter und Bürger ausgeliefert ist. Herr Severing
hat aber nicht den Mut, den Schießeraß sofort aufzuheben,
sondern er läßt seine Überdennung erst prüfen, und läßt
somit die Verantwortung für die noch kommenden polizei-
lichen Mordtaten, Erschießungen „auf der flucht“ usw.
auf sich und seine sozialistische Regierungspartei. Von
Severing und Hörning, die die Mordaktion produziert haben,
wäre es auch verfehlt, zu erwarten, daß sie, die blut-
besudelten Schergen der Reaktion, Arbeitermörder in den
Arm fallen. Severing könnte den Erlaß sofort aufheben
und auch für Sühnung der Kommunistenmordtaten sorgen,
aber er bleibt lieber der Helfershelfer der Gegenrevolution
und der Gefangenen seiner eigenen und bundeswiderlichen
Reaktionsmethoden.

Eine neue Maßnahme gegen die politischen Gefangenen.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, haben alle
Gefangenen, die in einem Hungerstreik verwickelt waren, wieder-
holte Arbeiten angenommen. Die Justizverwaltung wird in
Zukunft Beeinflussungen der Gefangenen durch kommunistische
Werber unterbinden und auch Revisionen durch kommunistische
Abgeordnete nicht mehr gestatten. Angeklagte Mißstände
sollen nur noch durch parlamentarische Untersuchungskom-
missionen geprüft werden.

Das Schicksal der politischen Gefangenen soll noch ver-
schlechtert werden. Sie sollen vollends von der Außenwelt
abgeschnitten werden, damit ihr Jammer nicht zutage tritt.
Die schamlose Verächtlichkeit, als ob die Hungerstreiks durch
die kommunistischen Abgeordneten veranlaßt worden seien, ist
ein offener Hohn auf das Elend der Gefangenen.

So antwortet die Regierung auf die Forderung der
Arbeiterschaft nach der Amnestie. Der verantwortliche Leiter
aber des gesamten deutschen Justizwesens ist der Sozial-
demokrat Radbruch.

Spiegel an der Arbeit.

Am 1. Dezember fanden bei einigen Berliner Genossen
Hausdurchsuchungen statt. Die Hausdurchsuchenden Kriminalbeamten
waren im Besitz einer Liste von 20 Mann. Auf dieser Liste
waren Namen vermerkt von Leuten, die schon seit längerer
Zeit nicht mehr Mitglied unserer Partei sind. Es geht
daraus hervor, daß die Liste, nach der die Hausdurchsuchung
vorgenommen wurde, von einem Spiegel stammt, der schon
vor längerer Zeit in unserer Partei „arbeitete“. Die haus-
durchsuchenden Beamten erklärten, daß sie beauftragt seien, nach
Waffen zu suchen. Nachdem sie aber keine fanden, erklärten
sie, daß sie auch beauftragt wären, nach schriftlichem Material
zu forschen. Bei diesen Hausdurchsuchungen ist abgesehen nicht
gefunden worden.

Interessant ist, daß der eine Genosse, bei dem gehaus-
sucht wurde, mitteilt, daß die Beamten keine Kriminalmarken
hatten, sondern nur eine weiße Ausweiskarte vorzeigen konnten.
Wir möchten bei der Gelegenheit unsern sämtlichen
Genossen ins Gedächtnis rufen, daß Hausdurchsuchungen nur auf
Grund eines schriftlich vorzuliegenden Befehls zulässig sind
nur bei Tageszeit erfolgen dürfen und daß für alle „Beschlagnah-
men“ Gegenstände Quittungen zu erteilen sind. Alle
Hausdurchsuchungen, die diesen Bedingungen (§§ 102, 111 der
Straf-Proz.-Ordn.) nicht entsprechen, sind als Eindringlinge
zu betrachten und dementsprechend zu behandeln.

Zur Hilfsaktion für Sowjet-Rußland.

Deutscher Sanitätszug für Sowjet-Rußland.

Der deutsche Sanitätszug für Sowjetrußland, der vor
einigen Tagen von Wlaskau nach Kasan und den weiteren
Hungergebieten an der Wolga abgegangen ist, besteht aus
24 Waggons, die trotz aller Schwierigkeiten vorzüglich aus-
gerüstet sind. Die mitgeführten Lebensmittel werden es er-
möglichen, wenigstens den Kranken, die sich vom deutschen
Sanitätspersonal behandeln lassen, kräftige Mahlzeiten zu ver-
abfolgen. Die deutsche Expedition hat darüber hinaus Maß-
nahmen ergriffen zur Organisation von bakteriologischen
Stationen, sowie zur Auffüllung der mitgeführten Vorräte
an Medikamenten und namentlich auch an Lebensmitteln. Die
Einschaltung der deutschen bakteriologischen Untersuchungs-
station in Moskau macht gute Fortschritte. Der Moskauer
Sowjet hat dazu vorzüglich geeignete Räume eines Sana-
toriums zur Verfügung gestellt. Außerdem wird dort auch
ein Ambulatorium und eine Apotheke eingerichtet.

Die Hilfe der Petrograder roten Studenten für die Hungernden.

Durch den Beschluß der Genossenschaft „Roter Studenten“
die bei der Arbeiteruniversität gebildet wurde, für die Hunger-
hilfsaktion 2 Prozent von allen aus den Geschäften der Ge-
nossenschaft erzielten Geldsummen abzuliefern, haben die roten
Studenten eine außerordentlich wertvolle Initiative an den
Tag gelegt. Dadurch werden den Hungernden 600 bis
800 000 Rubel monatlich zugeführt werden. Mit einer in
diesem Sinne gehaltenen Erklärung, die der vereinigten Kom-
mission unterbreitet wurde, fandte die Verwaltung der Ge-
nossenschaft bereits 500 000 Rubel.

sich eine rote Zahne gleich einer riesigen Petrine um,
wurde so zur Richtstätte geführt. Die Augen ließ er sich
nicht verbinden. Er stellte sich heranzufordern vor die Ge-
wechrmündungen, klemmte sein Knochel fest und rief:

„Sie nicht ein Gemiczky! Doch die Chemizky-
Brigade!“

Bei der Hinrichtung war auch Graf Harbegg zugegen.
— „Solche Menschen kann ich brauchen!“ — rief er und
würzte auf die Richtstätte. Er führte Gemiczky aus dem
Bereich der Gewehrmündungen, erklärte dem Gericht, er
würde selbst das Urteil vollziehen.

„Nicht ein Leinweiser!“ — jagte Gemiczky zu dem
Grafen, durchs Knochel die hageren Gestalt prüfend —
„Da gefällt mir, ich geh mit dir!“

Und seither folgte er ihm überall hin, war niemals
näher, war der wütende Lächler der Gefangenen.

„Deine irben Tropfen Langweilen mich schon!“ —
iprach er mit hochgezogenen Lippen zu Bau — „und auch
die langigen Acron Teniel langweilen mich schon! Möchte
endlich Vergiss jauchen, oder Feig, oder weiß der Teufel
was, möchte unter den Aufgehängten endlich einen Groß-
Juden sehen, damit die Letzte auch in Budapest vor dem
Gemiczky-Namen erschrecken! Ein angefanter Kerl ist
dieser Graf, ein feiger Affe, ich dich ihm nicht weiter; der
mag ja gar nichts zu unternehmen! Ich sag's ihm auch
heute abend, er soll mich erschlagen lassen, dieses Jud-
waffel paßt mir nicht, so dich' ich nicht weiter. Er soll
mich erschlagen lassen!“

Das geschah ihm so sehr, daß er es immerfort wieder-
holte. Der kleine Spornklang brach in Tränen aus und
haupte wie ein Schoppschuss.

„Wo zum Teufel habt ihr dieses Räder aufgebaut!
Ich schmeiß den Kerl gleich vom Wagen!“ — Schrie
Gemiczky.

„In ihm nichts, er ist ein Verblöndung des Grafen, der
hat ihn aus Wien mitgebracht! Durch von den Köhnen
Franz mag.“

„Hu, Sakrament, schöne Frauen! Heilige Maria!
Eine schöne Frau will ich! Muß heute eine schöne Frau
haben!“

„Der Majaras wird schon irgendeine alte Bettel-
aufstreifen!“

„Läß mich mit dem heulenden Büffel in Ruh! Dem
hau ich noch einmal den Schädel vom Leib! Schau nur
hinaus, der bläst süßer auch jetzt, weint um sein ver-
lorenes Vaterland, will sein Heer, um es nach Sieben-
bürgen zu führen! Ein solches Kindvieh! Schau dir lieber
den Kerl an! Er hält den Kopf nach oben, singt so in
die Luft!“

„Se, Junge!“ — rief Gemiczky nach hinten — „gib
acht, sonst scheißt dir noch irgendein Vogel ins Maul.“

Doch Majaras achtete nicht auf den Zuruf. Er
starrte hinauf in die sich verduhrenden Wollen, sang in
das Geräusch der Wagen, in das Pochen der Pferdehufe,
langgedehnt, vom Wagen geschüttelt, mit dem Schmerz
eines gebrochenen und betrunkenen Herzens, sang bitter das
tönnerröhrende Lied von den Polen, die ihr Vaterland ver-
loren. Manchmal streckte er die Arme aus, seine langen
Arme, ... vielleicht, um sich an die Wollen zu klammern,
auf daß sie ihn zu sich emporreißen und von hier weg-
tragen, irgendwohin in weite Ferne, wo man vor Schmerz
schon sterben kann.

Wer ist dieser schwermütige junge Ungar, der mit des
blutbändigen Wülfingen und Henkers durchs Land zieht?
Dem es um seine verlorene Heimat bangt? Der einst lang-
lang gepilgert war, um Ungarns größten Dichter und
Freiheitskämpfer, Andreas Asch, aufzusuchen?

Einen alten Schallameraden, mit dem er einst zu-
sammen Verse geschrieben und geschwärmt hatte, entgegen-
er auf die erschütternde Frage, wie er ein solches Leben
führen könne, mit von bitterem Jambismus verzerrtem
Mund.

(Fortsetzung folgt)

Reichsbetriebsrätekongress der Metallarbeiter.

Nach den üblichen Eröffnungs- und Begrüßungsansprachen wurden als Vorsitzende des Kongresses Dismann und Reichelt, Betriebsrat Däbbe, Berlin, und Griesmeier, Wiesbaden, gewählt.

Grasse, Berlin, beantragt, die Tagesordnung dahingehend abzuändern, daß Punkt 1 b), der lautet: „Die deutsche Wirtschaft“, den Zusatz erhält: „und die zehn Steuerforderungen des ADGB“. Es besteht sonst die Gefahr, daß die zurzeit wichtigsten Tagesfragen, die bekannten zehn Punkte des ADGB, nicht in genügender Weise behandelt würden. Die Arbeiterschaft habe ein sehr großes Interesse daran, daß über diese wichtigen Fragen ausführlich gesprochen und Beschlüsse über Einleitung und Durchführung des Kampfes für diese Forderungen gefaßt würden. Weiterhin beantragt Grasse als weiteren Punkt auf die Tagesordnung zu setzen: „Die Aufgaben der Gewerkschaften und Betriebsräte in den gegenwärtigen Wirtschaftskämpfen“.

Dismann sprach dagegen. Beide Anträge wurden abgelehnt.

Professor Lederey, Heidelberg, spricht dann in einem großangelegten Referat über Weltwirtschaft. Er zeigte in anschaulicher Weise, wie der Krieg eine vollständige Verchiebung der Produktions- und Konsumverhältnisse gebracht habe. Die Weltwirtschaftskrise habe auch die Siegerstaaten erfasst.

Diese Staaten versuchen aber vor allen Dingen durch Herabdrückung der Löhne und der Warenpreise die Krise zu liquidieren. Den deutschen Arbeitern bleibe keine andere Möglichkeit, als durch Festhalten und Ausbauen ihrer Organisation

in schweren opferreichen Kämpfen

ihre Position zu halten, um nach Beendigung der Krise mit mehr Aussicht auf Erfolg den Kampf um eine Umgestaltung der Wirtschaft in sozialistischem Sinne unter besseren Bedingungen als in der Gegenwart zu führen.

Hilferding stellte eingangs seines Referats über

Die deutsche Wirtschaft

fest, daß sich die deutsche Wirtschaft seit Frühjahr 1920 in einer fortschreitenden Erholung befinde. Die fortschreitende Geldentwertung habe den Gedanken der Sachwertverfassung geboren.

In längeren Ausführungen setzt der Redner auseinander, wie er sich die Sachwertverfassung vorstellt. Bei der Durchführung dieses Programms haben die

Betriebsräte eine große Aufgabe

zu erfüllen, indem sie alles daran setzen müssen, die Produktion zu beeinflussen und zu kontrollieren. Zu der Notwendigkeit dieser Maßnahmen kommen die Betriebsräte ohnedies infolge ihrer Tätigkeit, die nur erfolgreich sein kann, wenn ihre

Machtbefugnisse erweitert

werden. Der Kampf um dieses Ziel darf aber nicht nur wirtschaftliche, sondern muß auch ideale Ursachen haben. Wir kämpfen nicht nur um Lohn erhöhungen, sondern auch um die Freiheit der gesamten Arbeiterklasse.

Die Diskussion über beide Referate.

Sjfland, Erfurt, tritt für unbedingte und tatsächliche Durchführung der zehn Punkte ein. Die Massen seien bereit, für die Forderungen des ADGB sofort in den Kampf zu treten. Die Gewerkschaften müßten endlich ernst machen.

Grasse, Berlin. Die Schlussfolgerungen, die Prof. Lederey in seinem Referat gezogen hat, halte ich für falsch. Nach meiner Auffassung kann der Kapitalismus die jetzige Krise nicht mehr überwinden. Sie kann nur überwunden werden durch Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsverhältnisse überhaupt. Das Zahlenmaterial, das uns Hilferding vorgetragen hat, zeigt dem Proletariat mit erschreckender Klarheit, wie weit die Verelendung schon vorgeschritten ist und welche trostlose Zukunft wir entgegengehen, wenn der Kampf auf breiter Basis nicht sofort aufgenommen wird. Aus diesem Grunde erwarten die Arbeiter, daß von diesem Kongress das

Signal zum allgemeinen Angriff auf den Kapitalismus zur Zusammenfassung aller gegenwärtigen Kämpfe ausgeht. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß der Kongress, der doch fast reiflos aus Arbeitern, die im Betriebe stehen, zusammengesetzt ist, diese ihm gestellte Aufgabe im Laufe dieser Tagung noch erfüllt.

Breitkopf, Weimig: Wir Arbeiter haben tatlos zugehört, wie die Kapitalisten für sich die Goldmine ergraben, während sie uns mit geringwertigem Papiergeld abspießen. Wir müssen daher den Kampf aufnehmen und verlangen, daß unsere Arbeitskraft ebenfalls nach dem Goldwert bezahlt wird. Wir müssen hier ganz bestimmte und richtunggebende Beschlüsse fassen, damit wir unseren Kollegen auch von einem positiven Ergebnis dieses Kongresses und nicht nur von langen und schönen Reden berichten können.

Dem Delegierten Aferoth, Kassel, gehen die Forderungen des ADGB zu weit, denn bei deren Durchführung würden wir in Kollision mit dem Parlament geraten.

Rippe, Berlin: Das Kreditangebot der Unternehmer, das am dritten Jahrestag der Revolution bekannt wurde, bedeutet für die Arbeiterschaft ein Hohn und zeigt, wie der Kapitalismus wieder erpakt ist. Wir müssen uns für die zehn Forderungen des ADGB einsetzen und dafür kämpfen. Dazu ist notwendig, daß sie in die Köpfe der Arbeiterschaft eingedrückt werden. Die beiden Referate will ich zusammenfassen in die Worte: helfen kann uns nur die Beseitigung des Kapitalismus. Solange sich die Gewerkschaftsinstanzen zu diesem notwendigen Kampf außerstande halten, müssen die Betriebsräte um Erweiterung ihrer Macht in den Betrieben kämpfen. Unter dem heutigen Betriebsrätegesetz, das für die Arbeiterschaft eher ein Hemmnis als einen Fortschritt bedeutet, ist eine erfolgreiche Tätigkeit unmöglich.

In dem Schlusswort sagt Hilferding, daß bei der großen Mitgliederzahl und der weitverbreiteten Presse des ADGB und der Afa für ihn kein Zweifel besteht für den Erfolg bei dem Kampf um die zehn Forderungen.

Lederey: Bei der Kompliziertheit der wirtschaftlichen Verhältnisse können wir keine plötzliche Aenderung und Besserung durch radikale Maßnahmen herbeiführen. Ob diese Krise eine vorübergehende oder die letzte des Kapitalismus sei, wird, kann ich nicht sagen. Das ist letzten Endes ein Problem der Agitation. Wenn in den Köpfen aller Arbeiter der Gedanke des Sozialismus feste Wurzel gefaßt hat, dann wird auch die sozialistische Wirtschaft realisiert werden.

Der Kongress nahm dann gegen zwei Stimmen eine Resolution an, die in folgenden Forderungen gipfelt:

International bedarf es der Revision der wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages:

1. durch Ermöglichung der Wiedergutmachung durch möglichst umfangreiche Umwandlung der Bauleistungen in Sachleistungen,
2. durch Stabilisierung der Währungsverhältnisse,
3. durch Gewährung eines Zahlungsaufschubes bis zur Erholung der deutschen Wirtschaft,
4. durch die internationale Kredithilfe.

Rational ist notwendig:

1. die Sanierung des Staatshaushaltes und die Stilllegung der Rotenpresse, deren Tätigkeit sich als eine scharfe indirekte Steuer erweist,
2. zur Aufhebung der Reparationslasten die Erfassung der Sachwerte, d. h. die Beteiligung des Volkes an den Produktionsmitteln,
3. Abschaffung der Sozialpolitik zur Erhaltung und Steigerung der Arbeitskraft.

Der Kongress stellt sich mit allem Nachdruck hinter die von den Vorständen des ADGB und der Afa aufgestellten zehn Punkte und fordert die Spitzenverbände auf, mit allen Mitteln für die Verwirklichung dieser Forderungen einzutreten.

Die Verwirklichung aller dieser Forderungen würde zwar die Lösung dieser Krise beschleunigen, aber selbst sie könnte die Wiederkehr von Krisen nicht verhindern. Nur eine planmäßige Organisation aller Wirtschaftskräfte durch die Gesellschaft, wie sie der Sozialismus fordert, würde die Produktivkräfte der ganzen Welt nutzbar machen, eine Wiederkehr von Krisen vermeiden und erst die Voraussetzungen für eine gesicherte Lebensgrundlage der arbeitenden Menschen gewährleisten.

Dismann hat am zweiten Sitzungstag mit den Worten: „Lohnkämpfe werden auf diesem Kongress nicht behandelt“, den Kongress charakterisiert. Die Betriebsräte, die ihre Entstehung der Revolutionsperiode verdanken und die durch das Gesetz eines bürgerlich-kapitalistischen Staates ihres revolutionären Charakters entleert, zu Organen im Interesse der kapitalistischen Wirtschaft gemacht wurden, dürfen nicht über den Kampf des Proletariats sprechen und Beschlüsse fassen. Sie haben sich nach dem Willen der Gewerkschaftsführer nur auf betriebstechnische Fragen einzustellen und auf Kongressen große theoretische Referate anzuhören.

Die Referate „Eisen und Kohle“ von Otto Fuchs und „Sozialisierung und Konzerne“ von Dr. Einstein sind auch von diesem Gesichtspunkt aus zu werten.

Die Nachmittagsitzung war ausgefüllt mit der Diskussion. Fast alle Redner schilderten in bewegten Worten die wirtschaftliche Not, in der sich die Arbeiterklasse befindet. Der Einfluß, den die vier längeren Referate auf die Zuhörer ausübte, bewirkte es, daß sehr wenige Redner auf die gegenwärtigen Kämpfe eingingen. Soweit dies von einigen Rednern geschah, war es ihnen unmöglich, bei der kurzen Redezeit von zehn Minuten ihre Vorschläge und Forderungen zur Durchführung der zehn Punkte des ADGB und der einheitlichen Gestaltung und Zusammenfassung der gegenwärtigen Kämpfe eingehend zu begründen. Zum Schluß wurde eine Reihe von schönen Resolutionen angenommen, aber als die von den Genossen Grasse, Marwardt und Sjfland eingereichte Resolution, die bestimmte Kampfmaßnahmen verlangte, zur Abstimmung gelangen sollte, verstand es Dismann durch seine demagogische Beeinflussung des Kongresses die Abstimmung hierüber zu verhindern.

Thiele, Mannheim: Die Arbeiterschaft leidet schwer unter der furchtbaren Not und Teuerung. Die Referenten haben uns die Ursachen dieser Verhältnisse klar gezeigt, doch sie haben uns keinen Ausweg gewiesen. Prof. Lederey hat das Wort gebraucht:

Die Industrie kann in der heutigen Situation keinen Tag bestehen ohne die Gewerkschaften.

Damit ist die losjafte Macht, die heute die Gewerkschaften verkörpern, gekennzeichnet; es bedarf daher nur der richtigen Anwendung und Einsetzung dieser Macht, um den Kapitalismus mit all seinen Auswirkungen zu beseitigen. Heute, nachdem es fast zu spät ist, müssen die Referenten zugeben, daß es ein großer Fehler war, wenn die deutsche Arbeiterschaft sich nicht schon längst nach Osten orientiert, d. h. die Verbindung mit der russischen Sowjetregierung aufgenommen hat, anstatt vor der Entente auf dem Suche zu rufen. Wenn wir auf diesem Kongress, von dem die Arbeiterschaft so viel erwartet, nur theoretische Beratungen pflegen und Resolutionen annehmen, aber keine Vorbereitungen treffen, um auch Taten folgen zu lassen, dann machen wir uns nur lächerlich.

Auch Karshewski, Danzig, verlangt die sofortige Aufnahme einer Verbindung mit Sowjetrußland. Nur dadurch wäre es der deutschen Arbeiterschaft möglich, aus den jetzigen Verhältnissen herauszukommen. Im übrigen schildert er die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in die der Freistaat Danzig durch den Versailler Frieden gekommen ist.

Krieger, Berlin: Die wilden Streiks sind eine Folge der wirtschaftlichen Not, aber sie stehen im Widerspruch mit der gewerkschaftlichen Disziplin und Taktik und müssen daher verhindert werden. Die zehn Forderungen des ADGB können nur durchgeführt werden, wenn die Arbeiterschaft einig ist. Wir müssen daher, wenn wir auch die politischen Gegensätze unter der Arbeiterschaft nicht sofort beseitigen können, die Achtung vor dem andersdenkenden Kollegen hochhalten.

Hierauf verliest der Vorsitzende eine Erklärung eines Kollegen aus Oberschlesien, der nicht imstande ist, öffentlich zu sprechen. Darin heißt es, daß die Gewerkschaften bei der Abstimmung gemeinsam mit den deutschen Nationalisten Aufrufe herausgegeben haben, durch die die deutsche Arbeiterschaft von ihren politischen Klaffgenossen getrennt wurde. Die Kapitalisten hatten dadurch ein leichtes Spiel bei ihrem Unterdrückungsfeldzug gegen die Arbeiterschaft, wobei sie keinen Unterschied in der Nationalität machten.

Genster, Berlin: Es wird hier so viel von Sozialisierung gesprochen, doch was ist in den letzten drei Jahren geschehen? Man hat Kommissionen eingesetzt und über die verschiedenen Vorschläge monatelang debattiert, aber

marchiert ist nicht die Sozialisierung, sondern die Stinnesierung. Gestern ist hier einstimmig eine Resolution angenommen worden, die zu der gegenwärtigen Lage Stellung nimmt und allgemeine Forderungen aufstellt, aber ich vermisste darin eine klare Stellungnahme zu den gegenwärtigen Kämpfen. Diesem Mangel hilft die von den Kollegen Marquardt, Grasse und Sjfland eingereichte Resolution ab und ich erlaube den Kongress, diese anzunehmen. Darin wird klar und deutlich der Weg gezeigt, wie die zehn Forderungen durchgeführt und die Kämpfe durch eine Zusammenfassung erfolgreich gestaltet werden können.

Koesner, Stuttgart: Die Referenten haben uns die wirtschaftliche Erstarrung des Kapitals veranschaulicht, doch sie haben verschwiegen, daß dies nur möglich war durch die Arbeitsgemeinschaftspolitik der Gewerkschaften. Statt hieraus die Lehren zu ziehen, wird diese Politik fortgesetzt, das sehen wir am besten bei den zehn Steuerforderungen des ADGB. Denn die Gewerkschaftsleitungen nehmen nicht den Kampf für ihre eigenen Forderungen auf, sondern sitzen mit den Unternehmern auch jetzt wieder zusammen und debattieren über die Unternehmervorschläge. Daß die Gewerkschaften wohl imstande wären, die Arbeiterschaft zu einem großen gewaltigen Kampf gegenüber den Bestrebungen des Kapitals aufzurufen, hat der einmütige Generalkongress beim Rapp-Putsch bewiesen.

Freil, Hamburg hält die Sozialisierung im jetzigen Stadium auf der Grundlage des Planes von dem ehemaligen Leiter des Stinneskonzerns, Horten, für durchführbar.

Rumrucht begründet Dismann eine längere Resolution, im ersten Abschnitt die Amsterdamer Beschlüsse über die

Berweiterung, Kriegsmaterial herzustellen, gutheißt

und die sich im zweiten und dritten Teil gegen die Maßnahmen der Affiliertenkommission gegenüber den „Deutschen Werken“ und der Rotorenindustrie richtet. Mit den kleinlichsten Mitteln wendet er sich dann gegen die Resolution von Grasse und Genossen. Soweit diese zu der allgemeinen Lage und den zehn Forderungen des ADGB Bezug nehmen, wäre sie durch die gestern angenommene Resolution überholt. Aber

Lohnkämpfe stehen auf diesem Kongress nicht zur Behandlung, und die Betriebsräte haben hierüber keine Beschlüsse zu fassen.

Nachdem noch einige Redner zu den einzelnen, von den Referenten behandelten Fragen gesprochen hatten, wurden gegen eine kurze Schlusswort von Dr. Einstein wurde die von Dismann vorgelegte Resolution einstimmig angenommen. (Schluß folgt)

Schlesien.

Wienitz.

Die „verfassungstreuen“ Putschisten.

Seit dem Ordeschverbot haben sich diese Organisationen andere Namen zugelegt. Man reißt jetzt unter der Flagge „Heimatverband Schlesien“. Am Sonntag hielt diese konterrevolutionäre Gesellschaft eine Heerschau für Wienitz-Stadt und Land im Schiebhause ab. Der bekannte Ordeschhauptling Rohnstod hielt das Hauptreferat. Seine Friedensschälmeien waren für die Dessenlichkeit bestimmt, man konnte glauben, ein Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft zu hören. Wesentlich ehrlicher war der Wienitzer Ordeschmann Dr. Josephy, als er sagte: „Wenn die Zeit da ist, werden wir zu handeln wissen.“

Wir können dieser Gesellschaft versichern, daß auch die Arbeiterschaft im gegebenen Moment handeln wird. Sie wird geschlossen dastehen und das Ausbeuter- und Mordgefinde, wenn es Lust zu einem Rechtsputsch zeigt, mit blutigen Köpfen nach Hause schicken.

Waldenburg.

Porzellanfabrik Krister.

Ein vornehmer Beamter ist der Oberfortierer Gebert bei der Krister Porzellanindustrie. Da die ihm unterstellten Arbeiter und Arbeiterinnen auch Menschen sind, scheint dieser noble Herr garnicht für möglich zu halten. Wenn durch seine unsinnigen Anordnungen Stockungen in der Weiterarbeit eintreten, so sind es natürlich die faulen Arbeiter, die nicht genügend schnell gearbeitet haben, die an allem die Schuld tragen. Nach Herrn Gebert sind alle faul, nur er selber nicht und ein paar Lieblinge, die mit ihm heulen. Nebenarten, wie faule Bande, mit Euch werde ich andere Seiten aufziehen, sind bei ihm an der Tagesordnung. Nur einen Fall möchten wir der Öffentlichkeit unterbreiten. Eine Arbeiterin, die etwas verwachsen ist, verhöhnte er mit ihrem Gebrechen. Natürlich war sie auch noch faul. Diese Arbeiterin arbeitet schon ein halbes Menschenalter an diesem Platz. Und niemals sind Klagen gegen sie erhoben worden. Nur Herrn Gebert blieb solch vornehme Handlungsweise vorbehalten. Die anderen Angestellten des Betriebes rücken anerkennungswürdiger Weise, mit einigen Ausnahmen allerdings, von diesem noblen Herrn ab. Die Arbeiterschaft dieser Abteilung hat es fast, sich weiter von diesem Herrn Wickands behandeln zu lassen. Sollte sich Herr Gebert nicht schnell ändern, dann wird die Arbeiterschaft nicht nur dieser Abteilung, sondern auch die des ganzen Betriebes zu handeln wissen. Dann wird auch die Protektion des Direktors Seiler nichts helfen.

Gewerkschafts-Bewegung.

Tariffkündigungen im Ruhrbergbau

Vom Zentralverband der Angestellten wird der „Erfener Allg. Zeitung“ mitgeteilt, daß sämtliche Organisationen den Tarifvertrag für die kaufmännischen und technischen Bergbauangestellten für das Ruhrrevier am 1. Dezember zum Schluß des Monats gekündigt haben.

Die Bauunternehmer drohen mit der Aussperrung!

Die Unternehmer im Berliner Baugewerbe scheinen das anhaltende Frostwetter dazu benutzen zu wollen, um einen Schlag gegen die Arbeiterschaft zu führen. Der Umstand, daß ein Teil der Bauarbeiter den ganz ungenügenden Schiedsspruch ablehnt und angesichts der ungeheuerlichen Teuerung nur zu berechnete Forderungen darüber hinaus stellt, wollen die Unternehmer benutzen, um sämtliche Berliner Bauarbeiter aufs Pflaster zu werfen. Nach einer bürgerlichen Korrespondenz wollen die Unternehmer am Freitag in einer Generalversammlung den Aussperrungsplan vorbereiten. Die Gewerkschaften mögen sich aber gesagt sein lassen, daß sie die Einigkeit und die Kampfbereitschaft der Bauarbeiter durch keine noch so brutalen Maßnahmen erschüttern können.

Eine schwere Enttäuschung für den „Vorwärts“.

Kommunistischer Erfolg in Chemnitz.

Der „Vorwärts“ läßt sich aus Chemnitz berichten, daß bei den Vertrauensmännerwahlen für die Verwaltungsstelle Chemnitz des Deutschen Metallarbeiterverbandes alle Hoffnungen der Kommunisten auf eine Mehrheit vernichtet worden seien und daß die SPD-Mehrheit auf einen tendenziös aufgemachtes „Teilergebnis“: 433 SPD. und 234 KPD.

Das bis jetzt vorliegende offizielle Teilergebnis ist eine schwere Enttäuschung für den vorreiligen „Vorwärts“. Es wurden gewählt:

SPD-, USP- und parteilose Vertrauensleute 750
KPD-Vertrauensleute 620

Es ist damit zu rechnen, daß von den USP-Vertrauensleuten und Parteilosen eine ganze Anzahl für die Kommunisten stimmen werden, was diese zu den besten Hoffnungen für die Wahl der Ortsverwaltung berechtigt.

Es geht vorwärts.

In Fellhammer fand am Sonntag, den 4. November, die diesjährige Generalversammlung der hiesigen Zählstelle des Bergarbeiterverbandes statt. Der Hauptpunkt war die Renwahl der Ortsverwaltung. Als erster Vertrauensmann wurde Kamerad Erbe, als zweiter Kamerad Kayer wiedergewählt. In Waisoren wurden bestimmt die Genossen Fieber und Hielscher, zum 2. Schriftführer Genosse Papke. Kartellbeauftragte sind die Genossen Fieber, Hielscher und Reimann.

Wählbar sind also 4 unserer Genossen in die Ortsverwaltung eingewählt. Ein weiterer Erfolg ist die von der Bergschicht folgende KPD.

Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes.

Die am Sonntag, den 4. Dezember stattgefundene Generalversammlung der Zahlstelle Oberhermsdorf des Bergarbeiter-Verbandes, beschäftigte sich mit folgender Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Rechnungslegung, 3. Neuwahl der Ortsverwaltung, 4. Verbandangelegenheiten, 5. Verschiedenes. Der Vortrag fiel aus, weil der Referent nicht erschienen war.

Die Rechnungslegung wurde glatt erledigt und den Kassierern zum Dank für ihre mäßige und reelle Arbeit während des verflossenen Jahres Entlastung erteilt.

Die Neuwahl der Ortsverwaltung wurde mit einer kleinen Diskussion eröffnet, an der sich die Kameraden Müller und Thomas beteiligten. Als Zahlstellenleiter wurde Kamerad Thomas mit 19 Stimmen-Mehrheit, durch Aklamation Kamerad Warmbrunn einstimmig zum 1. Kassierer wiedergewählt. Schriftführer wurde Kamerad Kauer. Als Revisoren sind Kamerad Böge und Täuber und als Kartelldelegierte die Kameraden Müller und Kiese, Warmbrunn, in die Unterstützungskommission die Kameraden Müller, Klante, Uiber, Kiese und Krause einstimmig gewählt.

Folgender Beschluß der Unterstützungskommission wurde von der Zahlstellenversammlung gutgeheißen: An jeden Invaliden im Bergarbeiterverband wird eine Weihnachtsgabe von 50 M. gezahlt, ferner 200 M. der Zentralkasse des Dries zur Unterstützung der Invaliden im Ort zur Verfügung gestellt. 120 M. werden einem durch Krankheit in Not geratenen Kameraden gegeben. 150 M. erhält die Freie Elternvereingung und 50 M. jede Familie, deren Ernährer von der Klassenjustiz ihren Angehörigen entzogen wurden. Ein Antrag des Kameraden Thomas, dafür zu sorgen, daß den Invaliden die Deputatlohn frei ins Haus geliefert wird, wurde dahingehend geändert, daß die Betriebsräte der einzelnen Schachtanlagen aufgefordert werden, diese Forderung bei ihrer Direktion durchzusetzen. Geschlossen wurde ferner, den Beitrag in die Beerdigungskasse von jährlich 1 M. auf 1 M. vierteljährlich zu erhöhen, dafür den Trägern die Entschädigung auf 5 M. heraufzusetzen (früher 3 M.) und die Frauen in dieselben Rechte eintreten zu lassen, wie die Männer.

Lokales.

Berrückt. (Zwei Bilder.)

Eine Utopie.

In einer herrlichen Villa wohnte ein feiner, biederer Bürgermann. Wie das bei solchen Leuten zu sein pflegt, war auch er ein begeisterter Anhänger der Monarchie; liebte seinen Kaiser und König über alles und was dazu gehörte, wie: Nationalismus, Militarismus, Dribologie usw. Es war darum selbstverständlich, daß er Vorsitzender des Militärvereins und auch im Kirchenvorstande vertreten war. Schwarz galt ihm als die schönste Farbe; rot aller Nuancierung haßte er bis tief in sein Inneres; d. h. er war Sozialistenfeind, und weise zu sein, bildete er sich ein.

Dieser gute Mann hatte zwei prächtige Kinder. Und als die Zeit kam, daß sie die Schule besuchen mußten, sagte er den Entschluß, seine Lieblinge einem „besonders“ tüchtigen Privatlehrer in die Hände zu geben; einem Menschen — der durch und durch revolutionärer Sozialist war und sie auch als solche erzog. Damit war der Vater nicht nur einverstanden, sondern unterstützte den Lehrer aufs eifrigste, die Kinder zu Feinden monarchischer Gebarung zu erziehen.

Alle Nachbarn, Bürger, Verwandte, Bekannte und Tanten nannten ihn darum einen Sonderling, viele behaupteten sogar, in seinem Kopf wäre ein Rädchen locker. Der Pfarrer war offener und sagte: „Der Mann ist verrückt.“

Eine Tatsache.

Die große Mietkammer reichte nicht aus. Darum waren ihr einige Hinterhäuser angegeschlossen, die Mutter Sonne, dank der schlechten Lage, nur selten besuchte. Hier in einem dieser Hinterhäuser wohnte ein recht klaffenbewußter, erzrevolutionärer Arbeiter, der, wie es solchen Leuten gebührt, auch der Sozialistischen oder Kommunistischen Partei, dem Freidenkerbunde und dergleichen umfänglichen Einrichtungen angehörte. Wegen seiner eifernen, unbenutzbaren Konfession war er in all diesen Vereinigungen mit in den Vorstandsdirektoren vertreten. Schon wenn er die Worte „Kaiser, Militarismus, Kirche usw.“ auch nur hörte, geriet er in kaum zu bändigende Wut. Das war ihm seiner Gebarung nach nicht zu verdenken.

Eines Tages brachte ihm Grovatter Storch zwei kleine Netzenbörger. Sein einziger Gedanke war: wo nimmst du gleich die Paten her. Doch es gelang und beide wurden coangelisch-lutherisch abgestempelt, d. h. geweiht. Zur Zeit d. s. Schulbeginns war seine größte Sorge ein guter Lehrer,

der das reine christlich-kapitalistische Evangelium seinen Kindern beibrachte. Daß es den Eltern freistand, ihre Lieblinge aus dem Religionsunterricht herauszunehmen, mußte er, hielt es aber für unnötig. Kein Pfennig war ihm zuviel, seinen Jungen tiefempfindende religiöse, sowie feine Bücher zu kaufen. Herzlich groß war seine Freude, seine Buben als brave, monarchistisch, echt „teutsche“ Bürger heranwachsen zu sehen.

Alle Nachbarn, Sozialisten, Verwandte, Bekannte und Tanten hielten seine Handlungsweise für ganz in Ordnung, viele behaupteten sogar, er sei ein „auter“ Sozialist. Der Pfarrer war offener und sagte: „Solche Leute können mir gut gebrauchen, obwohl der Mann verrückt ist!“

Breslau.

Zur Liquidation der „Polznoi“.

Mit der Vorlage des Magistrats, betr. Nachlaß eines Teiles des von der städtischen Bank der „Polznoi“ eingeräumten Kredites beschäftigten sich in gemeinschaftlicher Sitzung der Finanz- und der Bauausschuß der Breslauer Stadtverordneten-Versammlung. Es wurde beschloffen, die Vorlage innerhalb der Ausschüsse zu vertragen, bis eine zu diesem Zwecke eingesetzte besondere Unterkommission die Nachprüfung der Geschäftsgebarung der Gesellschaft durchgeführt hat.

Gebühren-Erhöhung der Sitzungszimmer.

Der Magistrat hat infolge der Erhöhung der Kosten für Reinigung, Beleuchtung und Heizung die Gebühren für Vergebung der Sitzungszimmer heraufgesetzt. Sie betragen vom 1. Dezember 1921 ab für den Fürstensaal 50 M., für alle anderen Sitzungszimmer 40 M. Eine Vergebung der Räume an private Vereine und Verbände kann wegen der Ueberlastung der Zimmer nach wie vor nicht mehr erfolgen.

Die Kartoffellieferung des Magistrats.

Aus Angestelltenkreisen des Magistrats wird uns geschrieben:

Der Artikel in Nr. 275 der Schl. Arb.-Ztg. „Wie die Kartoffellieferung des Magistrats aussieht“ trifft vollständig das Richtige. Nur eins hat Ihr Gewährsmann vergessen, nämlich, daß die durch das Büro VI angebotenen Kartoffeln ausschließlich für die deutsch-nationale Beamtenbesoldung bestimmt waren. In dem Angebot war es natürlich nicht erwähnt, oder sollte Herr Ratsekretär Kleinert nicht den Mut haben, auf das Angebot zu schreiben „Nur für deutsch-nationale Beamte“. Beamte und Angestellte des Magistrats, die sich offen zu den sozialistischen Parteien bekennen, also auch rechtssozialistische Stadtverordnete, wurden von der Kartoffellieferung ausgeschlossen. Sie werden heute froh sein, sich anderweitig mit Kartoffeln eingedeckt zu haben. Hätte auf dem Angebot gestanden „Nur für Deutsch-nationale“, so würden wohl die meisten Besteller dankend auf die deutsch-nationalen Kartoffeln verzichtet haben. Also nächstens mehr Mut Herr Ratsekretär!

Und das alles vollzieht sich unter den Augen des sozialdemokratischen Magistrats und Stadtverordnetenmehrheit.

Eignis.

Unterbringung von 4 leeren Kisten.

Am 9. November, dem letzten Jahrmertstage, übergab eine auswärtige Marktfigurantin einem unbekanntem Manne 4 meist leere Kisten mit dem Auftrage, dieselben zum Expedienten Langner zu schaffen. Den Frachtbrief wollte der Unbekannte selbst schreiben. Da die Kisten am Bestimmungsort nicht angelangt sind, beacht die Vermutung, daß dieselben untergebracht worden sind. In einer Kiste befand sich ein Vorhang mit dem Firmenaufdruck: Wenders-Görlich. Der von dem Täter angegebene Name, sowie die Wohnung erwies sich als falsch. Zweckdienliche Mitteilungen erbittet Krim.-Polizei — Prinz Heinrich — Zimmer 25.

Zaner.

Eigenartige Brandurjade.

Aus eigenartiger Ursache entstand hier in einem Grundstück am Neumarkt ein Brand, zu welchem in den Abendstunden die Feuerwehr alarmiert wurde. Die dort wohnende Witwe Simon hatte sich, um wärmer zu schlafen, einen Ziegelstein heiß gemacht und als Bettwärmer in das Bett gelegt. Der Ziegel war aber derartig heiß, daß er das Bett in Brand setzte, und als die Frau die Stube betrat, fand das Bett in hellen Flammen. Die Feuerwehr bewältigte den Brand.

Waldburg.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich unter anderem mit einer kleinen Anfrage wegen häufiger Störung in der Wasserversorgung, mit der Eingemeindung von Neu Weißstein und der Auseinandersetzung zwischen Stadt und Kreis Waldburg.

Ursachen der häufigen Störungen in der Wasserleitung seien Rohrbrüche, die durch den Verfall verursacht würden, die Quellen hätten nicht versagt. Zur Verhinderung künftiger Rohrbrüche wird man die Rohre in Kanäle verlegen, und Gummidichtungen verwenden. Um die Wasserversorgung bei Rohrbrüchen einigermaßen aufrecht zu erhalten, müßte ein Reserwebehälter erbaut werden, wofür 3 bis 4 Millionen Mark nötig seien. Die Gruben für die Schächtehaftbar zu machen, sei nicht möglich, da sich die Grubenverwaltungen ganz entschieden dagegen gewehrt hätten, die Hauptwasserleitung in das jetzt benützte Gelände zu verlegen.

Die Eingemeindung von Neu Weißstein sei unter allen Umständen durchzuführen. Neu Weißstein zahle die Steuern nach Weißstein, wird aber von dort ganz vernachlässigt. Waldburg dagegen muß darunter leiden, da Neu Weißstein keine eigenen Schulen besitzt und die Schulen von Altwasser und Waldburg benützt. Waldburg würde durch die Eingemeindung eine neue Steuerquelle haben und ein schon lange bestehendes Unrecht würde dadurch wieder gut gemacht. Die Stadtverordnetenversammlung stellte sich geschlossen hinter den Magistrat und verlangt, daß diese Angelegenheit bis zur letzten Instanz durchgefochten wird.

Es folgte dann der Bericht über die Auseinandersetzung zwischen Stadt und Kreis Waldburg. Der im Jahre 1919 abgeschlossene Vertrag wird vom Kreisausschuß als nicht rechtskräftig bezeichnet. In einem neuen Vertrage soll die Abfindungssumme von 1 Million auf 4 Millionen, die Rente von 60000 auf 200000 Mark erhöht werden, der Kreis ist aber trotzdem nicht zufrieden. Dem Kreisausschuß wurde Vertragsbruch, Verstoß gegen die guten Sitten (als ob die es noch gäbe) und dergleichen mehr vorgeworfen. Die bürgerlichen und SPD.-Stadtverordneten traten geschlossen gegen den Kreisausschuß auf. Dabei hat die SPD. den stärksten Einfluß im Kreisausschuß. Warum also dieses zwiespaltige Verhalten der Rechtssozialisten? Ist das Demagogie oder tuns die SPD. ihren Stimmfreunden zuliebe? Die Finanzlage muß eine sehr traurige sein.

Ein Antrag auf Vereinigung der Installationsabteilung Gasanstalt und elektrische Abteilung brachte einige bürgerliche Stadträte auf die Beine. Sie erklärten sich gegen diesen Antrag, wie überhaupt gegen jede Kommunalisierung zu sein, die freie Konkurrenz würde dadurch behindert (d. h. der heilige Profit!). Genosse Demsty beantragte bei der Erhebung von Anknüpfungsgeldern auch die kirchlichen Veranstaltungen zu besteuern, wogegen Stadtverordneter Zappe im Namen der SPD. sprach. Die Anknüpfungsteuerordnung wurde daraufhin gegen eine Stimme in der alten Fassung angenommen.

Veranstaltungs-Kalender.

SPD. Breslau. Sonnabend, den 10. Dezember, abends 7 Uhr, im Parteilokal Funktionärsversammlung.

Tagesordnung:

1. Presse, Referent: Genosse Maslowski; 2. Produktivgenossenschaft; 3. Wahl der Ortsleitung. Alle Partei-, Gewerkschafts-, Betriebs- und sonstige Funktionäre haben pünktlich zu erscheinen. Die Ortsleitung.

Wichtig! Kommunistische Metallarbeiter! Wichtig! Dienstag, den 13. Dezember, abends 7 Uhr, wichtige Fraktionsversammlung. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

SPD. Strehlau. Sonntag, den 11. Dezember, vorm. 9 Uhr, sehr wichtige Mitgliederversammlung bei Sauer. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

SPD. Ziegenhals. Freitag, den 9. Dezember, abends 7 Uhr, öffentliche Volksversammlung im Schützenhaus. Arbeitende Männer und Frauen erscheint in Massen! Sonntag, den 11. Dezember, vormittags 9 Uhr im Schützenhaus, Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Das Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. Die Ortsleitung.

SPD. Grünberg. Sonnabend, den 10. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, in der „Sonne“. Mitgliederversammlung. Bezirksleiter Genosse König, referiert. Es muß alles zur Stelle sein. Sonntag, den 11. Dezember, vorm. 10 Uhr, öffentliche Volksversammlung in der Reichshalle. Referent Genosse König. Sorgt durch eine rege Propaganda für zahlreichen Besuch. Die Ortsleitung.

SPD. Stabelwitz. Sonnabend, den 10. Dezember, 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung in der „Fichte“. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Verantwortlicher Redakteur: Erich Gentsch; Inserate Max Fischeher. — Verlag: Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H. Druck: Büffel u. Danigel. — Sämtlich in Breslau.

Schauspielhaus Lieblich-Theater

Operntheater, Tel. R. 256
Früher 7 1/2 Uhr.
Was Sie erwartet.
Sonnabend u. Sonntag 7 1/2 Uhr.
Die Langgänze.
Sonnabend u. Sonntag 7 1/2 Uhr.
Die Kaiser-Spiel.

Täglich 7 1/2 Uhr.
Das große
Dezember-
Programm

Die billigsten
Raglan • Anzüge • Joppen
bekommen Sie direkt aus
der Werkstatt, noch so
lange der Vorrat nicht im
Herren-Bekleidungshaus
Hohstraße 41, am Hauptplatz
H. Partzke.

Anzüge

Schlüpfer
in auch ganz neuer
Auswahl und billigen
Preisen, da Schlichter.

Wohlfühl-Schlüpfer
43 Klosterstr. 43

Altmetalle
höchsten Preis.
Otto, Leibnizstr. 8.

Steuern für das Kalenderjahr 1922.

In der Zeit vom 10. bis 23. Dezember 1921 wird jedem Arbeitgeber, der am 30. Oktober 1921 in den Arbeitsbuch eingetragen oder sich eingetragen hat, ein Steuerbuch für das Kalenderjahr 1922 durch Post zugestellt werden.

Nur den Angehörigen der im Arbeitsbuch eingetragen sind, die im Steuerbuch eingetragen sind, ist die Steuerbuch für das Kalenderjahr 1922 zugestellt, da die Steuerbuch für die Angehörigen der Steuerbuch für das Kalenderjahr 1921 zugestellt sind.

Eigenen Arbeitgebern, die bis zum 21. Dezember 1921 ein Steuerbuch nicht erhalten haben, werden sich wegen Ausfertigung eines solchen nach Möglichkeit am Montag, den 8. 11. Uhr am des Magistratsbüro V, Königplatz 2, Erdgeschoss, Zimmer 6, wenden. Am 21., 29. und 31. Dezember 1921 ist für die Ausfertigung von Steuerbüchern das Büro von 8 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends ununterbrochen geöffnet.

Für im Stadtbezirk Breslau wohnenden Angehörigen sowie deren Hinterbliebenen, die ihre Beiträge aus Kassen außerhalb Breslaus beziehen, haben das Steuerbuch unverzüglich der die Beiträge entziehenden Kasse zuzuführen.

Anträge auf Erhöhung der Beiträge zur Abgeltung der nach § 13 des Einkommensteuergesetzes zulässigen Abzüge und auf Gewährung der im § 46 Abs. 2 Nr. 2 vorgeschriebenen Ermäßigung auch für mittellose Angehörige (§§ 45 Abs. 2 Ziffer 3 a und 47 des Gesetzes über die Einkommensteuer beim Arbeitslohn) sind spätestens bis zum Ablauf des Kalenderjahres 1921 beim Finanzamt Breslau-Stadt, Neue Leichenstraße 2, zu stellen.

Anträge auf Verzichtung des Steuerbuchs wegen Erhöhung der Zahl der beim Steuerbuch zu berücksichtigenden Personen um wenigstens 2 (§ 50 a. a. O.) sind vor Ablauf des Kalenderjahres 1922 beim Magistratsbüro V, Königplatz 2, zu stellen.
Magistrat, Steuerverwaltung.

Wichtiges! Zahlungen für das Wasser u. Strom.

Die Entnehmer von Gas, Wasser und elektrischem Strom sind durch besondere Zustellungen aufgefordert worden, für ihren Verbrauch in den Monaten Oktober und November 1921 Zahlungen zu leisten. Die für den November verbrauch gestellte Forderung ist am 30. November 1921 abgelaufen. Alle im Bezugs befindlichen Zahlungspflichtigen werden dringend ersucht, die rückständigen Beträge unverzüglich bis spätestens 9. Dezember 1921 an die Kasse der Betriebswerke zu zahlen; andernfalls werden die Beträge gegen eine Gebühr von 1,00 M. durch Beauftragte der Kasse abgescholt werden. Wenn auch an diese nicht gezahlt wird, so muß in Aussicht genommen werden, die Lieferung einzustellen und die Meter wegzunehmen.
Städtische Betriebsdeputation.

Ohne Inserat kein Erfolg!

Genossen! kauft nur in den Geschäften, die bei uns inserieren.